

Ein neues Kleid für die «Moosente»

Das Lädelerben ist am Anfang der Vorgasse besonders offensichtlich. Jetzt soll eines der markantesten Häuser saniert werden. Dort sollen mehrere Läden einziehen. Und – wie schon früher – ein Restaurant.

Zeno Gelseler

Ganz unten an der Vorgasse, an der Ecke zur Bachstrasse, da steht das Haus zur Moosente. Die Liegenschaft macht einen traurigen Eindruck: Die grossen Fensterfronten im Erdgeschoss sind dunkel. Wer einen Blick hineinwagt, sieht bloss kahle Räume und Rolltreppen. Vor Jahren gab es hier mal einen Metro und einen Charles Vögelé, und viel früher ein grosses Coop-City-Warenhaus samt dem Selbstbedienungsrestaurant Munotblick mit 160 Sitzplätzen. Dort gebe es «vorzüglichem Coop-Kaffee mit Spezialitäten aus der eigenen Hauskonditorei», schrieben die SN 1974 zur Einweihung des Neubaus.

Dieser Neubau ersetzte einen Komplex von älteren Liegenschaften. In einem dieser Vorgängerhäuser, dem «Goldenen Klopfer», hatte einst IWC-Gründer Florentine Ariosto Jones gelebt, in Fussdistanz zur Uhrenfabrik. Noch heute hat die IWC Büros in der «Moosente».

Jedes Jahr einen Millionenverlust

Die Stadt hatte für diese Gegend einst grosse Pläne. Von einem Einkaufszentrum war in den 1950er-Jahren die Rede gewesen, selbst von einem Hotel. Alles kalter Kaffee. Die Kundenströme konzentrierten sich weiter oben beim Fronwagplatz. Auch Coop City gefiel es in der «Moosente» nicht. Ende 1985 wurde der Standort massiv verkleinert und das Haus an die Winterthur-Versicherung verkauft. Die Filiale in der «Moosente» habe Jahr für Jahr rund 1,5 Millionen Franken Verlust eingefahren, sagte der damalige Direktor von Coop Winterthur-Schaffhausen. Ein Grund für die Misere: das Fehlen von Kundenparkplätzen. Damals gab es weder das Parkhaus Herrenacker noch das Parkhaus Stricki gleich auf der gegenüberliegenden Seite der Bachstrasse. 2005 eröffnete Coop City dann in der ehemaligen Epa weiter oben in der Vorgasse einen neuen Standort. Dort ist das Warenhaus bis heute zu finden.

Nach Jahren des Rückgangs gibt es für die «Moosente» aber nun wieder Hoffnung. Ihre Besitzerin ist immer noch dieselbe Versicherung (sie heisst jetzt aber Axa), und diese hat Pläne für einen gross angelegten Umbau ausarbeiten lassen. Sie will im Frühling 2020 mit dem Umbau beginnen, im Winter 2021 wäre dann Bezug.

Das Umbauprojekt ist in einem gewissen Sinn eine Rückkehr zu den Wurzeln. Denn das Haus soll wieder vorwiegend dem Einkauf dienen. Sowohl auf der Gebäudeseite zur Vorder-



So soll die sanierte «Moosente» von der Unterstadt her betrachtet aussehen.

VISUALISIERUNG ZVG/AXA

«Wir führen Gespräche mit Interessenten. Mieter stehen noch keine fest.»

Urban Henzirohs
Axa-Mediensprecher

gasse als auch zur Bachstrasse hin sind grosse Schaufenster geplant. Und es soll auch wieder ein Restaurant geben, samt Aussenplätzen. «Es gilt, das Image der Liegenschaft aufzuwerten und die Belichtung im Gebäudeinnern zu optimieren», schreibt die Baumberger Wassermann AG, welche mit ihrer Machbarkeitsstudie den ersten Rang für die Umgestaltung belegt hat. Ihre Visualisierungen zeigen einen lichtdurchfluteten Innenhof mit viel Grün und viel Holz.

Im Erdgeschoss ist eine Markthalle geplant. Zur Bachstrasse hin sind vier kleinere Läden vorgesehen, mit Flächen von 57 bis 157 Quadratmetern. Zur Goldsteinstrasse hin soll eine Café-Bar eingerichtet werden, wobei dort zusätzlich auch ein neuer Eingang entstehen soll.

Im ersten Obergeschoss wiederum ist eine Fläche von gut 400 Quadratmetern als eine Einheit zu vermieten. Gemäss den Projektplänen ist hier zum Beispiel eine Gemeinschaftspraxis denkbar. Die grösste Fläche aber ist im Untergeschoss – ganze 760 Quadratmeter gibt es dort. Laut den Werbedokumenten ist es zum Beispiel möglich, dass dort eine Spielwelt

für Kinder entsteht, samt extra hohem Raum für ein Trampolin. Eingezeichnet sind aber auch Kursräume, etwa für Baby-Yoga, Mukli-Turnen oder Kinderballett.

Wer die Flächen beziehen könnte, ist noch nicht klar. Es gibt nur generische Angaben wie «Bioladen» oder «Spielzeugshop». «Wir führen für die Flächen im UG und im EG Gespräche mit Interessenten. Mieter stehen noch keine fest», sagt Axa-Mediensprecher Urban Henzirohs.

Wohnungen statt Büros?

Auf den Plänen von Baumberger Wassermann sind im ersten OG fünf und im zweiten OG zwölf Wohnungen eingezeichnet, die sich um ein Atrium gruppieren. Das Wohnen solle «im Sinne einer nachhaltigen Vermietbarkeit sogar ein Schwergewicht bilden», schreibt die Firma. Ob das so kommt, ist allerdings noch nicht sicher. «Ob die Büroflächen in den Obergeschossen in Wohnungen umgenutzt werden, prüfen wir zurzeit im Rahmen der Baueingabe», sagt Henzirohs. Diese Eingabe sei für Frühling 2019 geplant.

Zuschriften

Nein zur Geheimhaltung

Städtische Abstimmung vom 23. 9.
Verordnung zum Öffentlichkeitsprinzip

Die Befürworter des Geheimhaltungsgesetzes erzählen mantramässig folgende Mär: Politische Kompromisse seien nur dann möglich, wenn sie unbemerkt von der Öffentlichkeit in Hinterzimmern ausgemacht würden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das schweizerische Politsystem lebt ja gerade davon, dass sich die verschiedenen politischen Kräfte zu Kompromissen durchringen. Das ist der demokratische Auftrag unserer Politiker, und die Stimmbewölkerung soll sehen können, ob sie diesem auch gerecht werden. Somit muss der Zugang zu Dokumenten des politischen Betriebs möglichst einfach und unbürokratisch gewährleistet sein. Die Verordnung bezweckt leider genau das Gegenteil. Deshalb ist sie abzulehnen.

Simon Sepan
Schaffhausen

Intransparenz und Misstrauen

Die Verordnung zum Öffentlichkeitsprinzip schafft Intransparenz und Misstrauen. Dadurch wird das Gefühl der Bevölkerung, dass «die da oben sowieso machen, was sie wollen», noch verstärkt. Es kann nicht sein, dass sich die Politik noch weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt. Deshalb muss die Verordnung klar abgelehnt werden.

Anna Næff
Schaffhausen

Kanterniederlage mit 13 zu 0

Bei den gestrigen in den SN veröffentlichten Zuschriften votieren 13 für ein Nein. Kein einziges Ja ist zu finden. Die «Extra-Wurst» der Stadt Schaffhausen scheint keine Chance zu haben. Recht so.

Peter Dörig
Schaffhausen

Tiefere Steuern, mehr Krippengeld

Die SP lehnt eine Senkung der Unternehmenssteuern zwar nicht grundsätzlich ab. Im Gegenzug verlangt sie aber grosse Zugeständnisse bei der Familienpolitik. Die Ideen der Regierung seien «unverdaulich».

Zeno Gelseler

Schaffhausen als Spitzenplatz für Unternehmen? Kann man machen. Aber nur dann, wenn der Kanton auch einen Spitzenplatz bei der Familienfreundlichkeit einnimmt: So kann man die Haltung der Schaffhauser SP zur derzeit diskutierten Unternehmenssteuerreform zusammenfassen. Gestern haben die Verantwortlichen der Partei ihre Position dargelegt.

Dass es eine Reform braucht, ist links wie rechts unbestritten. Die Schweizer Steuerprivilegien sind international nicht länger akzeptiert und müssen ersetzt werden. Ein erster nationaler Anlauf war mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) geplant gewesen, doch diese scheiterte Anfang 2017 hochkant an der Urne, nachdem SP und Co. dagegen das Referendum ergriffen hatten. Jetzt wird auf Bundesebene mit der Steuerreform 17 ein neuer Vorschlag diskutiert. Ein Vorschlag, der für Kantone mit vielen Statusgesellschaften wie Schaffhausen grosse Einschnitte mit sich brächte.

Der Regierungsrat hatte im Juli seine Ideen präsentiert, wie Schaffhausen auf die Steuerreform reagieren soll und wie der Kanton vor allem verhindern will,

dass die guten Steuerzahler alle wegziehen. Dazu hatte die Regierung eine Vernehmlassung gestartet.

Steuern: 14 statt 12,5 Prozent

Ein grosser Knackpunkt ist die künftige Gesamtsteuerbelastung für die Unternehmen im Kanton Schaffhausen: Die Regierung strebt einen Satz von 12 bis 12,5 Prozent an, was Schaffhausen etwa gleich teuer wie den Kanton Zug machte, aber deutlich günstiger als internationale Standorte wie Dublin oder Singapur. Der SP geht das aber zu weit. «Um eine moderate Senkung werden wir nicht herumkommen, aber wir müssen nicht führend sein beim Steuerdumping», sagte Kantonsrat Matthias Freivogel.

Angemessen sei ein Satz von 14 Prozent, und Schaffhausen solle sich auch bei den anderen Kantonen dafür einsetzen, dass ein tiefer gehendes steuerliches «race to the bottom» unterbunden werde. Falls nicht, drohe Schaffhausen ein Schicksal wie dem Kanton Luzern, der wegen seiner Tiefsteuerstrategie nun tiefrote Zahlen schreibt.

Schaffhausen müsse so oder so gar nicht allzu weit nach unten gehen, denn die anderen Standortfaktoren würden ebenfalls ins Gewicht fallen. Dazu zäh-

len für die SP namentlich auch die Familienfreundlichkeit, und hier müsse der Kanton dringend tätig werden, sagte Nationalrätin Martina Munz. Sie berief sich dabei auch auf eine Studie der Industrievereinigung aus dem Jahr 2015, wonach Tageschulen das Modell der Zukunft seien.

Konkret stellt die SP vier Forderungen: Es soll einen Fonds zur Finanzierung von Krippen geben, die Kinderzulagen sollen um mindestens 75 Franken erhöht werden, die Krankenkassenprämien sollen nur noch zehn bis zwölf Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen dürfen, und junge Familien mit Kindern sollen gefördert werden, zum Beispiel mit einer Familienergänzungszulage. Die Gelder dafür sollen unter anderem aus dem höheren Bundessteueranteil des Kantons stammen, aber auch aus Lohnprozenten. Die Krippe soll nur noch zu einem Viertel von den Eltern bezahlt werden, der Rest aus dem Krippenfonds und vom Kanton und von den Gemeinden.

Und was, wenn das nicht klappt? «Wenn es einen faulen Kompromiss gibt», warnte SP-Präsident Daniel Meyer, «werden wir uns auf die Hinterbeine stellen. So wie seinerzeit auch bei der USR III.»

Buchthalen bekommt neue Standorte für politische Plakate

In einer Kleinen Anfrage hatte FDP-Grossstadtrat Stephan Schlatter die Möglichkeiten zur politischen Plakatwerbung in Buchthalen bemängelt. Der Stadtrat gibt in seiner Antwort nun bekannt, dass er darauf reagieren will.

Will der Stadtrat nicht, dass die Anwohner von Buchthalen politisch informiert werden? Das fragte Grossstadtrat Stephan Schlatter (FDP) in einer Kleinen Anfrage an den Stadtrat. Der Grund für seine überspitzte Äusserung war, dass im Stadtquartier verschiedene Standorte für temporäre politische Plakatstände und Banderolenwerbung weggefallen waren. In seiner Antwort schreibt der Stadtrat nun, dass er sich bewusst sei, dass innert kurzer Zeit in Buchthalen mehrere Standorte für Plakate weggefallen seien. Diese Änderungen seien aus «verkehrstechnischen Sicherheitsgründen» vorgenommen worden, heisst es weiter.

Dabei geht es um die Standorte bei der Post Buchthalen, beim Buswendeplatz an der Buchthalerstrasse und beim Dürstlingweg/Alpenstrasse. Zur Post Buchthalen schreibt der Stadtrat: «Auf-

grund der zahlreichen, teilweise wild platzierten Wahl- und Abstimmungsplakate war die ordentliche Zu- und Wegfahrt zu den öffentlichen Parkplätzen sowie zu den privaten Abstellplätzen wiederholt nicht mehr gewährleistet.» Bei der Endstation der Buslinie 5 sei es zudem zu Reklamationen von Fussgängern gekommen. Der Standplatz Dürstlingweg/Alpenstrasse sei wegen einer Umgestaltung weggefallen.

Dass an den aufgehobenen Plakatstandorten dennoch Präventions- und Informationsplakate des Bundes und des Kantons zu finden seien, begründet der Stadtrat damit, dass einzelne Plakatstände keine Probleme verursachten.

Vier neue Standorte

Der Stadtrat gibt aber bekannt, dass es in Zukunft vier neue Standorte für Plakatstände geben wird: an der Buchthalerstrasse/Furkastrasse (fünf Plakatstände), entlang der Grünhecke an der Buchthalerstrasse/Seewadelstrasse (acht Plakatstände), am Lindenplatz (fünf Plakatstände) sowie an der Kirchgasse (sieben Plakatstände).

Der Stadtrat weist zugleich darauf hin, dass es neben Plakaten auch andere Möglichkeiten gebe, die Bevölkerung zu informieren. (dmu)